



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Umwelt, Energie und
Sauberkeit -

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 5. Dezember 2017

Vorlagen-Nr. 17-F-10-0030

**Glyphosateinsatz auf den Landwirtschaftsflächen der Landeshauptstadt Wiesbaden vermeiden;
Antrag der AfD-Stadtverordnetenfraktion vom 27.11.2017**

Begründung:

Die EU-Kommission hat am 27.11.2017 die Zulassung des umstrittenen Pflanzenschutzmittels Glyphosat für weitere 5 Jahre verlängert. Trotz unterschiedlicher Interessenlagen zwischen Bundesumwelt- und Bundeslandwirtschaftsministerium hat die Bundesregierung der Verlängerung zugestimmt.

Glyphosat ist der meistgenutzte Wirkstoff in Pflanzenschutzmitteln nicht nur in der EU, sondern weltweit. Das Totalherbizid wird nicht nur für die Verringerung der Pflanzen- und damit auch Insektenvielfalt verantwortlich gemacht, sondern gilt auch als für den Menschen wahrscheinlich krebserregend.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. in neu geschlossenen Pachtverträgen für Landwirtschaftsflächen der Landeshauptstadt Wiesbaden die Pächter zu einem Verzicht auf glyphosathaltige Pflanzenschutzmitteln zu verpflichten.
2. auch bei der Verlängerung bereits bestehender Pachtverträge auf eine Klausel zum zukünftigen Glyphosatverzicht zu bestehen.

Beschluss Nr. 0155

Der Antrag hat sich durch den Beitritt der AfD-Fraktion zu dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 05.12.2017 (Antragsnummer 17-F-20-0009) erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2017

Maritzen
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2017

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2017

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister